



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Alexander König, Tobias Reiß, Josef Zellmeier, Petra Guttenberger, Steffen Vogel, Martin Bachhuber, Johannes Hintersberger, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Harald Kühn, Dr. Stephan Oetzinger, Josef Schmid, Karl Straub, Walter Taubeneder, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Haushaltsplan 2022;

**hier: Öffentlichkeitsarbeit Professionelle Informationsfilme zu ausgewählten Themen
(Kap. 04 01 Tit. 531 11)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 04 01 wird der Ansatz im Tit. 531 11 (Fachveröffentlichungen) um 150,0 Tsd. Euro von 200,0 Tsd. Euro auf 350,0 Tsd. Euro zur Entwicklung professioneller Informationsfilme zu ausgewählten Themen erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 03 Tit. 893 06.

Begründung:

In Zeiten der Digitalisierung informieren sich Bürgerinnen und Bürger vor allem im Internet. Besonders gefragt sind dabei Informationen im Video-Format. Diesem Informationsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger wollen wir nachkommen und professionelle Filme zu besonders wichtigen und besonders stark nachgefragten juristischen Themen wie zum Nachbarschafts- und Betreuungsrecht produzieren lassen. Auch wollen wir mit einem Film darüber aufklären, wie wichtig es ist, Vorsorge für seinen digitalen Nachlass zu treffen, und hierfür hilfreiche Tipps geben. Die Filme sollen auf der Website des Staatsministeriums der Justiz und dem YouTube-Kanal der Staatsregierung eingestellt sowie über Social Media verbreitet werden.